2. 1. Ist für den Begriff des „Uniformtragens“ in § 360 Nr. 8 StGB. die Beschaffenheit der Kleidung an sich, nämlich ihre völlige oder ihre — Verwechslungsgefahr begründende — fast völlige Übereinstimmung mit einer staatlichen Uniform entscheidend?
2. Gilt dies auch, wenn die Nichtzugehörigkeit des Trägers zu der durch die Uniform gekennzeichneten Berufsklasse aus den Umständen des Falls erhellt?
3. Kann letzteres für die Befugnis zum Uniformtragen von Bedeutung sein?
4. Erfordert der innere Tatbestand des § 360 Nr. 8 StGB. den Vorsatz des Täters, seine Zugehörigkeit zu der durch die Uniform gekennzeichneten Berufsklasse vorzutäuschen?

III. Straffenat. Urtr. v. 4. November 1926 g. R. u. Gen. III 764/26.

I. Schöffengericht Altona.

II. Landgericht daselbst.

Die Revision der u. a. wegen Übertretung des § 360 Nr. 8 StGB. verurteilten Angeklagten wurde verworfen und zwar insoweit aus folgenden

Gründen:

Ob die von den Beschwerdeführern getragene Kleidung der „Roten Marine“ bis auf unbedeutende Unterschiede der Uniform der Reichsmarine glich und deshalb nicht bloß für das Publikum im allgemeinen, sondern sogar für Angehörige des Heeres und der Polizei die Gefahr einer Verwechslung mit dieser Uniform begründete, war

Tatfrage. Die Strafkammer hat sie aus Erwägungen bejaht, die einen Rechtsirrtum nicht erkennen lassen. Die Ausführung der Revision, daß jene Verwechslung ausgeschlossen gewesen sei, ist, soweit sie sich auf dem Gebiete der Beweiswürdigung bewegt, nach § 337 StPD. unbeachtlich. Rechtsirrig aber ist die Auffassung, daß es für das Tatbestandsmerkmal des „Uniformtragens“ im Sinne des § 360 Nr. 8 StGB. auf die äußeren Begleitumstände ankomme, unter denen der Täter in der Kleidung auftritt. Die als staatliche Uniform sich kennzeichnende Kleidung verliert ihren Charakter nicht dadurch, daß sie bei öffentlichen Aufzügen oder Vorstellungen getragen wird. Der § 360 Nr. 8 StGB. dient dem Schutze der staatlichen Autorität dagegen, daß Personen durch Tragen von Uniform fälschlich den Eindruck erwecken, Träger dieser Autorität zu sein. Eben deshalb ist schon das Tragen der Uniform, nicht erst die erfolgreiche Täuschung anderer damit, unter Strafandrohung gestellt. Entscheidend ist hienach einmal, ob die Kleidung — unbeschadet geringfügiger Abweichungen — in sich die wesentlichen Merkmale einer staatlichen Uniform aufweist, und ferner, ob der Täter sie „getragen“ hat. Letzteres liegt jedenfalls dann vor, wenn er sich, wie hier, in der Kleidung öffentlich gezeigt hat. Ob andere den Uniformcharakter der Kleidung erkannt, und ob sie sich durch letztere über die Befugnis ihres Trägers haben täuschen lassen, ist für den äußeren Tatbestand des § 360 Nr. 8 ohne Bedeutung.

Der Einwand der Revision, daß ein Auftreten in Uniform bei Gelegenheit öffentlicher Maskeraden, Schaustellungen und Vorführungen unbeanstandet zu bleiben pflege, beruht auf einer Verkennung des maßgeblichen rechtlichen Gesichtspunkts. In jenen Fällen handelt es sich nicht darum, ob Uniform getragen wurde — denn sonst verstände sich die Unanwendbarkeit des § 360 Nr. 8 von selbst — sondern darum, ob das Uniformtragen unter den besonderen Umständen mit Rücksicht auf die Verkehrsitte, als nicht unbefugt angesehen werden könne. Hier braucht auf diese Frage nicht weiter eingegangen zu werden, da feststeht, daß die Beschwerdeführer keine Befugnis zum Tragen der Uniform der Reichsmarine hatten.

Die Revision irrt, indem sie für den inneren Tatbestand des § 360 Nr. 8 StGB. den Vorsatz der Angeklagten, durch ihre Kleidung eine Verwechslung ihrer Person mit Angehörigen der Reichsmarine

---

herbeizuführen, erfordert. Vielmehr genügt das Bewußtsein des Täters, daß er eine Kleidung trägt, die einer staatlichen Uniform völlig oder doch wesentlich gleicht. Dieses Bewußtsein weist das Urteil nach.